

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

10.10.1930 (No. 236)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 8518

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger
 Schriftleiter
 C. H. Mend,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Lebenzeit Breite. Briefe sind selber frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Kollierung und Kontroversen fällt der Fall die Zeitung verläßt, in beschränktem Umfang oder nicht erfüllt. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Seemie, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Abschluß der Rheinlandfeiern

Der Reichspräsident in Aachen

WZV. Aachen, 10. Okt. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg traf in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Weiskner heute vormittag um 10,16 Uhr auf dem Hauptbahnhof in Aachen ein, um seinen infolge des Koblenzer Unglücks abgebrochenen Rheinlandbesuch zu vollenden.

Am Bahnhof begrüßte ihn der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs. Während der Wagen des Reichspräsidenten durch die Stadt fuhr, freisten fünf Luftfahrzeuge in der Luft. Die geschmückten Straßen waren von dichten Volksmengen umfüllt. Vereine und Verbände mit ihren Fahnen bildeten auf dem ganzen Weg Spalier und brachten dem Reichspräsidenten, wo er erschien, begeisterte Huldigungen dar. Die Fahrt ging zunächst zur Technischen Hochschule, auf deren Freitreppe der Rektor, Prof. Dr.-Ing. Köhler, den Reichspräsidenten begrüßte. Nachdem der Reichspräsident mit kurzen Worten gedankt hatte, wurde die Fahrt nach dem Rathaus fortgesetzt. Kurz nach 11 Uhr erfolgte die Ankunft vor dem Aachener Rathaus, der altbewährten Kaiserpfalz, wo eine feierliche Versammlung im historischen Kaiserhof stattfand, an der die Reichsoberhaupt erwartete. Der Festakt begann mit der Heilighörschen Oubertüre C 4. Darauf trat Regierungspräsident Stiller das Rednerpodium und begrüßte den Reichspräsidenten. Dann nahm der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Dr. Nombach, das Wort zu seiner Begrüßungsansprache. Er teilte mit, daß Aachen dem Reichspräsidenten das Ehrenbürgerrecht verliehen habe.

Morgen, Samstag, früh reist der Reichspräsident von Aachen ab. Er fährt über Düren und Euskirchen nach Trier. In Düren und Euskirchen ist am Bahnhof ein kurzer Empfang vorgesehen. Daran schließen sich dann die großen Feierlichkeiten in Trier. Der Besuch in Trier dauert bis nachmittags. Dann geht es mit kurzen Aufenthalten über Berncastel nach Wengenohr, von wo der Reichspräsident abends die Rückreise nach Berlin antritt. Am Sonntag ist Hindenburg wieder von dieser zweiten Rheinlandfahrt zurück, mit der die Rheinlandfeier offiziell ihren Abschluß findet.

Schacht über die Lage Deutschlands

Revision des Youngplanes notwendig

Auf einem Bankett des New-Yorker Bond-Club hielt der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine Rede, in der er sich über die Lage Deutschlands äußerte und die Überzeugung ausdrückte, daß es die Annuitäten des Youngplanes aus eigener Kraft nicht zahlen können. Es könne nur eine Frage der Zeit sein, wann das Reparationsproblem erneut zur internationalen Diskussion stehe.

Schacht erklärte, er spreche als Privatmann. Er habe leider feststellen müssen, daß in Amerika im Augenblick ein unbehagliches Gefühl angesichts der deutschen Zustände herrsche. Wer die geradezu übermenschliche Geduld des deutschen Volkes gegenüber aller wirtschaftlichen Not und außenpolitischen Bedrängnis beobachtet, könne unmöglich übersehen, daß ein so rechtschaffenes Volk wie das deutsche seiner Empörung Ausdruck gebe. Daß dies nicht durch Gewalttaten, sondern durch Stimmzetteln geschehen sei, sei nur ein neuer Beweis dafür, daß das deutsche Volk das ordnungsliebendste der Welt sei. Diejenigen deutschen Zeitungen, die falsche Nachrichten über eine bevorstehende Revolution in Deutschland berichteten, begingen ein Verbrechen an der Welt. Es ginge in Deutschland lediglich darum, ob das deutsche Volk genügend Beschäftigung finden könne, um am Leben zu bleiben. Nach sei die wirtschaftliche Potenz Deutschlands unerschütterlich. Aber die Reserven seien teils durch falsche Finanzpolitik, teils durch die Reparationen aufgebraucht, die nicht aus dem Überschuß der Wirtschaft, sondern durch Aufnahme neuer Kredite geleistet worden seien.

Im kommenden Winter müsse Deutschland auf eine Arbeitslosenzahl von über 4 Millionen Menschen gefaßt sein, ohne dabei auf irgendwelche Finanzreserven zurückgreifen zu können. Die Wahrheit sei nach seiner festen persönlichen Überzeugung, daß Deutschland aus eigener Kraft die Annuitäten des Youngplanes nicht zahlen können. Es müßte auf Kosten der übrigen Länder sonst seinen Außenhandel fast um die Hälfte steigern. Er glaube nicht, daß die übrigen Völker gewillt seien, Deutschland die Zahlung der Annuitäten dadurch zu erleichtern, daß sie zu solcher Steigerung des deutschen Warenexportes auf eigene Kosten beitragen.

Die moralische Kreditwürdigkeit des deutschen Unternehmertums sei unüberwindlich. Was aber den Kredit für öffentliche Körperschaften betreffe, so machten sich heute weite Kreise in Deutschland die Kritik zu eigen, die er vom ersten Tage seiner Amtsführung an der öffentlichen Finanzverwaltung geübt habe. Die Forderung nach Befreiung der sozialistischen Verschwendungswirtschaft und nach finanzieller Ordnung sei das Hauptproblem des Augenblicks. Der Regierung könne das Ausland durch eine gerechtere Behandlung der deutschen nationalen und moralischen Forderungen helfen.

Die New Yorker Presse

WZV. New York, 10. Okt. (Tel.) In ihren Kommentaren zu der Rede Schachts belonen die Blätter die Bereitwilligkeit Deutschlands, seinen eingegangenen Schuldverpflichtungen zu genügen, sowie die Notwendigkeit einer engeren internationalen finanziellen Zusammenarbeit zur Lösung auch der deutschen Wirtschaftsprobleme. 'Times' bringt einen längeren Bericht aus Paris, der in ähnlichem Sinne gehalten ist und demzufolge französische Finanzkreise durchaus geneigt seien, zusammen mit amerikanischen und englischen Banken Schritte zu erwägen, die für Deutschland besonders empfindliche wirtschaftliche Depression erleichtern könnten.

Letzte Nachrichten

Zur politisch-parlamentarischen Lage Curtius und die Volkspartei — Die Situation der Sozialdemokratie

M. Berlin, 10. Okt. (Priv. Tel.) Der heutigen Fraktionsbildung der Deutschen Volkspartei wird in politischen Kreisen größte Bedeutung beigegeben. Die Bewegung, auf die wir schon vor einigen Tagen hinwiesen, und die darauf abzielt, den Reichsaußenminister Dr. Curtius zum Rücktritt zu veranlassen, ist in den letzten Tagen eher stärker als schwächer geworden. Auch auf dem linken Flügel der Partei mehren sich die Stimmen, die aus der Verantwortung heraus wollen.

Dr. Curtius selbst ist nicht der Ansicht, daß der Zeitpunkt zu einem Rücktritt irgendwie geeignet wäre. Er wird infolgedessen bleiben, auch wenn die Fraktion sich gegen ihn entscheiden sollte. Die Meldung eines Mittagsblattes, daß er in diesem Falle sein Mandat niederlegen werde, trifft jedoch nach unseren Informationen nicht zu. Soweit wir informiert sind, wird der Kanzler gleichfalls keine Veranlassung nehmen, Dr. Curtius das Ausschneiden aus dem Amt nahezu legen. Im Sinne Brüning's ist es vielmehr, wenn die Minister nicht parteimäßig gebunden sind, und es haben sich ja auch schon die Minister Schiele und Guérard von ihren Fraktionen losgelöst. Beide haben kein Mandat mehr. Im übrigen wird in politischen Kreisen für den Fall eines Ausschneidens von Curtius schon ein Nachfolger genannt. Es ist dies ein den Deutschen nationalen nahesteherender Diplomat, der augenblicklich einen Gesandtschaftsposten inne hat und der die Brücke zur Rechten bilden könnte. Da es dazu kommt, erscheint uns allerdings zweifelhaft.

Erschwert wird die Situation außerordentlich durch die in der Sozialdemokratie von Löbe und seinen Freunden ausgehende Agitation, welche die Sozialdemokratie zur Oppositionsstellung zwingen will. Es spiegelt sich hier ein Kampf der eigentlichen Führer, Hermann Müller und Braun, mit den radikalen Elementen ab. Den Führern kommt es in erster Linie darauf an, Preußen vor Erschütterungen zu bewahren, da sie mit Recht befürchten, daß die Antwort auf einen Angriff auf die Reichsregierung die Sprengung der Weimarer Koalition in Preußen und damit die Auflösung des Landtags sein würde.

Keine Begnadigung für die Ulmer Offiziere

WZV. Berlin, 10. Okt. (Tel.) Der Herr Reichspräsident hat das von einem der Verteidiger der drei vom Reichsgericht verurteilten Reichswehroffiziere an ihn gerichtete, in der Presse veröffentlichte Gesuch um Begnadigung mit der Begründung abschlägig beschieden, daß die Notwendigkeit in politisch bewegter Zeit Ruhe und Unterordnung in der Reichswehr unerschütterlich aufrechtzuerhalten, die gnadenweise Aufhebung des Urteils und wenigstens zur Zeit auch eine Milderung der Strafe nicht zuläßt.

Die finnländischen Reichstagswahlen

WZV. Helsinki, 10. Okt. (Tel.) Aus sämtlichen Wahlkreisen liegen nunmehr die endgültigen Wahlergebnisse vor. Danach haben die Kommunisten, die im letzten Reichstag mit 23 Abgeordneten vertreten waren, sämtliche Mandate verloren. Die nationale Sammlungspartei (Rechte) gewann 14 Sitze hinzu und zählt nunmehr 42 Abgeordnete, die Sozialdemokraten gewannen 7 neue Sitze, so daß ihre Fraktion jetzt 66 Abgeordnete zeigt, und die Fortschrittliche Partei wird infolge des Gewinnes von 5 Sitzen 11 Abgeordnete in den neuen Reichstag entsenden. Die Schwedische Volkspartei geht von 23 auf 21 Abgeordnete zurück, die Landwörter von 60 auf 59. Die Kleinbauern werden durch einen Abgeordneten vertreten sein. Das Wahlergebnis bedeutet eine merkliche Stärkung der bürgerlichen Parteien, die nunmehr mit 134 Abgeordneten über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Eine solche Mehrheit ist erforderlich zur Durchsicht der von der Regierung im Sommer dem Reichstag vorgelegten verfassungsändernden antikomunistischen Gesetze, deren endgültige Annahme an dem Widerstand der Arbeiterparteien scheiterte.

Die Lage in Brasilien

Rücktrittsabsichten des Präsidenten?

Paris, 10. Okt. (Tel.) Nach einer Meldung der 'Chicago Tribune' soll der Präsident von Brasilien, Washington Luiz, angekündigt haben, daß er beabsichtige, zurückzutreten.

Für britische Reichsvorzugszölle. Baldwin hat sich namens der englischen Konservativen für die Einführung der Reichsvorzugszölle ausgesprochen, die bekanntlich von den Premierministern der Dominions gefordert werden.

Wirtschaftliche Umschau

Die Diskonterhöhung — Reichsbahn und Rheinschiffahrt

Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts trotz der schwachen Wirtschaftsdpression und trotz einer noch vorhandenen Devisenreserve in Höhe von 1/4 Milliarden Reichsmark neben der vollen gesetzlichen Notendeckung von 40 Proz. wurde bereits vom Reichsbankpräsidenten als vorzügliche Maßnahme bezeichnet. Diese Schutzmaßnahme für den Deckungsmittelbestand der Reichsbank hat sich vor allem aus der Zuspitzung der Situation auf dem Devisenmarkt ergeben, die wiederum auf die zum Teil künstlich genährte Erschütterung des Vertrauens auf die deutsche Politik, auf Kapitalflucht und auf französische Devisenabzüge zurückzuführen ist. Nachdem die Devisen nachfrage in den letzten Tagen aufs neue zugenommen hatte und die Reichsbank in den letzten drei Wochen fast 500 Mill. in Devisen und 210 Mill. in Gold abgeben mußte, konnte sie ihre Abwehrmaßnahmen nicht erst bis zum letzten Augenblick hinausschieben. Die Diskonterhöhung ist gleichbedeutend mit Kreditverteuerung, die in erster Linie die mit Bankkrediten ihre Devisenbestände erhöhenden Käufer treffen und auch die Banken zur Herausgabe von Devisen aus ihren eigenen Reserven veranlassen soll. Durch Erhöhung der Zinsspanne zum Ausland wächst für diesen der Anreiz, sein Geld in Deutschland stehen zu lassen. Die Kreditverteuerung muß natürlich auch nachteilig auf die deutsche Wirtschaft und den Beschäftigungsgrad einwirken, sie ist ein schmerzlicher aber notwendiger Eingriff und zeigt aufs neue wie notwendig eine Klärung der politischen Lage und ein Vorwärtskommen mit der Finanzsanierung ist.

Wegen der Rheinschiffahrts- und der Bahntarife auf der Strecke Rehl-(Straßburg)-Basel ist ein Konflikt zwischen der Reichsbahn und der schweizerischen Schiffahrt entstanden, dessen Ursachen aus zwei von uns in diesen Tagen wiedergegebenen Zuschriften ersichtlich sind. Schweizerische Zeitungen erhoben scharfe Angriffe gegen die deutsche Reichsbahn, die durch Herabsetzung der Tarife einen Dumping zur Ausschaltung des Wasserweges auf dem Oberrhein herbeiführen wolle. Eine Anfrage im schweizerischen Bundesrat forderte vom Bundesrat Maßnahmen zum Schutz der schweizerischen Rheinschiffahrt, wobei erklärt wird, daß die Verkehrseinnahmen bei weitem nicht ausreichen könnten, um die Beförderungselbstkosten des Schienenweges zu decken. Im Baseler Großen Rat wurde von einem unfreundlichen Akt gesprochen, der möglicherweise später von den Getreideauch auf die Kohlentransporte ausgedehnt werden könne, und vom Bundesrat werden Schritte bei der deutschen Regierung verlangt, um die Verbindung der Schweiz mit dem Weltmeer zu schützen. Sogar eine Boykottbewegung gegen die Reichsbahn wird in Basel propagiert. Auch auf der Tagung des Rheinschiffahrtsverbandes des Konstanz, mit der eine Tagung des nordostschweizerischen Verbandes für Schiffahrt auf Rhein und Bodensee verbunden war, wurde bekanntlich eine Entschlieung gegen die Kampftarife der Reichsbahn, welche die aufstrebende Schiffahrt Rehl-Basel schwer treffe, angenommen und das Vorgehen als um so bedauerlicher bezeichnet, als der Ausbau dieser Stromstrecke zu einem erstklassigen Großschiffahrtsweg auch mit Mitteln des Deutschen Reichs bereits begonnen habe. Schließlich wird von deutschen Reedereien betont, daß es sich nicht allein um die schweizerische Schiffahrt drehe, sondern es seien zum mindesten zur Hälfte an dem Verkehr auf der Strecke Straßburg-Basel deutsche Reedereien beteiligt.

Im nachstehenden seien nochmals die verschiedenen, auf deutscher Seite lautgeordneten Standpunkte dargelegt. Die Reichsbahn hat in einer von uns wiedergegebenen Zuschrift erklärt, daß die schweizerische Schiffahrt durch Herabsetzung der Getreidetarife von 5,50 auf 4,60 Franken und weiter den Kampf angefangen und außerdem einen großangelegten Werbefeldzug gegen die Reichsbahn eingeleitet habe. Sie habe dadurch der Reichsbahn, die eine betont abwartende Haltung einnahm, von April bis Mitte September etwa 40 000 Tonnen Getreide, das in Rehl sonst umgeladen worden wäre, weggezogen. Die Reichsbahn habe jede Unterbietung vermieden und sei noch 10 Proz. über dem niedrigsten Schiffahrtsangebot geblieben, sie sei also lediglich der Schiffahrt nachgefolgt. Ferner weist die Reichsbahn darauf hin, daß die schweizerische Rheinschiffahrt nach Basel auf Subventionen der

nordwestlichen Kantone angewiesen sei, und gibt somit den Vorwurf des Dumpings zurück.

Wir brachten daraufhin eine Zuschrift von sachverständiger Seite, die mit Recht gerade im Hinblick auf unsere badischen Interessen den Kampf als unerwünscht bezeichnete und auf das die Lebensnotwendigkeit der Rheinschiffahrt für die deutsche Wirtschaft betonende, vor acht Tagen an dieser Stelle erörterte Gutachten hinwies. Auch in diesem Gutachten werden bekanntlich die Konkurrenzmaßnahmen der Reichsbahn gegen die Rheinschiffahrt und die dadurch herbeigeführte Ablenkung des Verkehrs vom Rhein beklagt. Die Reichsbahn möge den Grundsatz „Leben und Lebenslassen“ auch der Schifffahrt gegenüber anwenden. Es sei fraglich, ob der Umschlag in Nehl durch solche die bisherige Schweizer Rundschaft des Hafens vor den Kopf stoßende Maßnahmen dauernd gesteigert werden könne. Die freundnachbarlichen Beziehungen mit der Schweiz vertragen schon im Hinblick auf das Vertragswerk der Oberrheinregulierung keine Störung. Baden erhebe dauernd bei der Reichsbahn die Forderung nach einer schonlicheren Rücksichtnahme auf die Rheinschiffahrt, wo tatsächlich auch Wiedergutmachungspflichten vorhanden seien. Es müsse ein Weg gesucht werden, um zu einem beide Teile befriedigenden Zustand zu gelangen, und die Partei, welche in dem Kampf zuerst aufhöre, werde sich sehr viel Verdienste erwerben.

Aus Nehl kommt andererseits nun eine Stimme, welche die Maßnahmen der Reichsbahn verteidigt, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß sich seit 1926 auf dem kleinen Rhein-Rhone-Güniger-Kanal, dem Vorläufer des geplanten großen französischen Seitenkanals, der Verkehr auf dem Wasserwege nach der Schweiz vervielfacht habe, so daß man von 1926 bis Ende 1930 mit einer Verzehnfachung dieses Verkehrs rechnen müsse, die ausschließlich Straßburg und französischen Verkehrswege zugute komme. Die Reichsbahn folge lediglich einem Selbsterhaltungstrieb, wenn sie, auch im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft, ihre Tarife dieser Sachlage anpasse, um einem Verfall ihrer südbadischen Strecken abzuwehren. Sie hätte schon seit langem diese Abwehrtaktik aufnehmen und es nicht zu den heutigen Verhältnissen kommen lassen sollen.

*

Die Situation der deutschen Uhrenindustrie scheint nicht so schlecht, wie man vielfach hört. Über sie gibt ein ausführlicher Bericht des Enqueteausschusses nun Auskunft. Die Schlußfolgerung ist die, daß vor allem eine stärkere Zusammenarbeit als notwendig bezeichnet wird. Eine durchgreifende Verbesserung in dieser Industrie könne nur erwartet werden, wenn die vollständige Fusion mindestens der sechs Großfirmen gelinge. Erst daraus ergebe sich die Möglichkeit geregelter Produktion, durchgreifender Preisentkung, systematischer Marktbeobachtung und Propaganda, der unbedingt notwendigen Neugestaltung der Organisation des Binnenabfahes und einer Stärkung der Position auf den Auslandsmärkten. Auch aus der Industrie selbst heraus werden seit längerem insbesondere die Preiskonventionen und die Höhe der Handelspreisen angegriffen, ihnen wird die Schuld gemessen, daß die Industrie seit 1928, also seit zwei Jahren, im offensichtlichen Niedergang sei. Man habe im Interesse der kleinen Unternehmungen an zu hohen Preisen festgehalten, auch seien die Handelspreisen zu hoch, und die Folge sei vor allem der Rückgang an dem noch durchaus ausbaufähigen Inlandsabfah, zumal die Uhrenindustrie als eine der ersten dem Inland übersteuerte Waren lieferte, um im Ausland besser konkurrieren zu können. Die deutsche Uhrenindustrie ist überwiegend Großuhrenindustrie, während die Schweiz bekanntlich überwiegend Taschenuhren- und Armbanduhren erzeugt. Die deutsche

Städtisches Konzerthaus (Bad. Landestheater)

Es ist ein recht amüsanter Lustspiel, das uns am letzten Sonntag im Städtischen Konzerthaus vorgeführt wurde. Sein Titel heißt: „Wann kommt Du wieder?“. Und sein Verfasser ist ein exprobiertes englischer Autor, William Somerset Maugham, der drüben in England große Beliebtheit genießt. Wir dürfen uns seine Produktion auf unseren Bühnen wohl gefallen lassen, weil sie sich fern hält von Seichheit und Albernheit, weil sie das offensichtliche Bestreben zeigt, irgendwelche zeitgemäßen Thematiken in witziger Weise zu behandeln. Natürlich wird dabei der Charakter der Unterhaltungsware nirgends verleugnet. Den Inhalt des Stückes wiedergeben heißt der Aufführung einen schlechten Dienst erweisen. Man gehe hin und sehe sich das Stückchen an! Man wird den Abend nicht zu den verlorenen rechnen.

Die Aufführung am Sonntag war recht befriedigend. Herr von der Trenk hatte das Lustspiel flott inszeniert. Unter den Darstellern ragten die Damen Rhyhoff und Habemacher und die Herren Klöbe und Müller hervor. Frä. Rhyhoff präsentierte sich sehr vorteilhaft. Man darf mit diesem Neuenagement im ganzen wohl zufrieden sein, zumal das Fach der Salonbame in Deutschland nicht gerade überfüllt ist. Herr Klöbe und Herr Müller trugen mit der feinsinnigsten u. echt lustspielmäßigen Art ihrer Darstellung wesentlich zum Erfolg der Aufführung bei. C. R.

Bezirksstagung des Verbandes der Deutschen Volksbühnenvereine. Der Bezirk Baden-Pfalz des Verbandes der Deutschen Volksbühnenvereine hält am 19. Oktober in Weinheim seinen 7. ordentlichen Bezirksstag ab. Im Mittelpunkt der Tagung steht ein Referat des Bürgermeisters der Stadt Nehl, Dr. Luthmer, über „Wirtschaftliche Not und Kulturpflege“. Die Volksbühnenbewegung hat im letzten Jahre in Baden erfreuliche Fortschritte gemacht. Es ist gelungen, mit Hilfe des badischen Künstlertheaters in einer Reihe von Klein- und Mittelstädten Volksbühnenvereine ins Leben zu rufen, die über einen großen Mitgliederstand verfügen und für die Arbeit der Wanderbühne eine feste wirtschaftliche Grundlage bilden. In diesem Winter wird das badische Künstlertheater seine Tätigkeit noch weiter ausdehnen und für die neugegründeten Volksbühnen in Schweningen, Vahr und noch einigen anderen Orten Vorstellungen geben. Auch im Oberland hat die Volksbühnenbewegung Fuß gefaßt.

Großuhrenproduktion nimmt auf dem Weltmarkt eine fast ähnliche überragende Stellung ein, wie die Schweizer Kleinuhrenherzeugung. Hier lieferte die Schweiz vor dem Krieg 90 Proz. der Weltausfuhr, während Deutschland in Großuhren 60 Proz. lieferte und seinen Export auf 70 Proz. (9 Mill. Stück im Wert von 61,7 Mill. Reichsmark) steigern konnte. Die Gesamteinfuhr von Uhren hatte 1929 einen Wert von 23,4 Mill. Reichsmark, wovon auf Taschenuhren 21,9 Mill. Reichsmark entfielen; hier ist übrigens ein Rückgang gegen die Vorkriegszeit zu verzeichnen. Leistungsfähige Konkurrenten in Großuhren sind nach dem Krieg im Ausland nur in geringem Umfang entstanden, mit Ausnahme der amerikanischen von jeher bedeutenden Erzeugung von Wiedern. Das Hauptgebiet der deutschen Großuhrenherzeugung ist bekanntlich der südsüdliche Schwarzwald in Baden und Württemberg, wo über 81 Proz. der Arbeiter beschäftigt werden. Dazu kommt noch Freiburg in Schlefien. Taschenuhren werden sowohl im Schwarzwald wie in Pforzheim (hier meist mit schweizerischen Werken) erzeugt, sowie vor allem in Sachsen von den berühmten Werken Glasbütte. 300 deutsche Betriebe beschäftigen 25 000 Arbeiter. Vier Großunternehmen beherrschen 60 Proz. der Großuhrenproduktion von über 90 Proz. der deutschen Produkte an billigen und Qualitätsuhren. Der Jahreswert der gesamten deutschen Uhrenproduktion beträgt etwa 110 Mill. Reichsmark. Die Leistung der Arbeiter hat sich durch rationellere Herstellungsweisen beträchtlich erhöht, so daß der Lohnanteil an den Herstellungskosten trotz verdoppelter Lohnsätze unter den Stand der Vorkriegszeit gesenkt werden konnte. Trotzdem und trotz der gegenüber der Vorkriegszeit um durchschnittlich 80 Proz. gestiegenen Preise wird die Rentabilität in der Enquete als nicht befriedigend bezeichnet, die Schuld wird den Abmachungen mit dem Handel und der Handelspreisen zugeschrieben. Der Großhandel rechnet mit einem Aufschlag von 25 Proz., der Kleinhandel mit Aufschlägen von 70 bis 80 Proz. und mehr. Versuche, feste Einzelpreise einzuführen, sind immer wieder am Widerstand des Handels gescheitert, der durch die Preisbindung eine Herabsetzung der Handelspreisen befürchtet.

Über 3 Millionen Arbeitslose

Nach einem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. September 1930 hat sich der Rückgang in der Belastung der Arbeitslosenversicherung, der in der ersten Hälfte des Monats zu beobachten war, in der zweiten Hälfte des Monats noch etwas verstärkt. Da der Abnahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im September eine Zunahme der Zahl der Reisenunterstützten um knapp 14 000 gegenübersteht, ist die Belastung beider Unterstützungseinrichtungen mit einer Gesamtzahl von rund 1 966 000 Ende September nur um wenig besser als Mitte des Monats. Hiervon entfallen annähernd 1 494 000 auf die Arbeitslosenversicherung, über 472 000 auf die Reisenunterstützung.

Die Zahl der Arbeitslosen, die nach Abzug der noch in Stellung oder in Notstandsarbeit befindlichen Arbeitsuchenden auf rund 3 030 000 anzusetzen ist, hat gegenüber dem letzten Bericht um rund 47 000 zugenommen.

Umgestaltung der Memelregierung

Das Memeler Landesdirektorium soll nun doch eine Umgestaltung erfahren. Der Präsident, der Großlitauer Reichsges, hat nunmehr auf Grund der Genfer Abmachungen, nach denen noch vor dem 10. Oktober an Stelle der beiden bisherigen Landesdirektoren Duguns und Gjeskela zwei den Mehrheitsparteien angehörende oder ihnen nahestehende Direktoren ernannt werden sollen, den Vizepräsidenten Schulz, Memel, (Sog.) und den Vizepräsidenten Szigaud zu Mitgliedern des Landesdirektoriums ernannt. Die beiden bisherigen großlitauischen Direktoren Duguns und Gjeskela sollen bereits zurückgetreten sein.

Im Romo übertrug die Außenministerliche alle anderen politischen Fragen. Im Regierungsblatt wird in einem kleineren Artikel, der wegen seiner kennzeichnenden und sachkundigen Beleuchtung der Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen nur von der Feder des zurückgetretenen Außenministers Jaanus stammen kann, mit Entschiedenheit der Wunsch der Volkssozialisten nach einer Verständigung mit Polen und einer Abwendung von Deutschland verworfen. Bei einer Verständigung mit Polen werde die Selbstständigkeit Litauens gefährdet. In dem Artikel heißt es weiter, daß Litauen in Genf nicht anders handeln konnte. Wie verlautet, werden die Bemühungen fortgesetzt, Jaanus zum Verbleiben in der Regierung zu bewegen.

Gründung der österreichischen Mittelpartei. In Wien fand am Donnerstag die Gründung des Schöber-Blods statt, dem Großdeutsche, Landbündler, die Demokratische Mittelpartei und andere Gruppen der Mitte angehören. Schöber wird unter der Betonung, daß er sich selbst keiner der früheren Parteien zurechne, an der Spitze aller Wählerlisten für diesen Bürgerblock kandidieren.

Ein ungarisches Dementi. Zu den Meldungen über geheimnisvolle Besuche ausländischer Staatsmänner, Politiker und hochstehender militärischer Persönlichkeiten in Budapest, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß Fürst Starhemberg, bevor er in die österreichische Regierung eingetreten war, seine Verwandten und Bekannten in Ungarn besucht hat, und daß General von Seckl in diesem Jahr überhaupt nicht in Ungarn gewest hat.

Konferenz deutscher und französischer Kommunisten. Die Pariser kommunistische „Humanité“ berichtet, daß eine Konferenz der kommunistischen Fraktionen des deutschen Reichstags und der französischen Kammer stattgefunden habe. Im Verlauf dieser Konferenz soll ein gemeinsamer Kampf der beiden Fraktionen gegen den Youngplan beschlossen worden sein.

Die französischen Rabitalen. Der radikale Kongress in Grenoble faßte eine Entschließung, die jeder Regierung die Opposition anbedingte, die sich auf liberale und rechtsstehende Parteien stützt. Die radikale Partei tritt für eine Politik der Annäherung unter den Völkern ein unter Wahrung der nationalen Sicherheiten.

Für Einführung der Todesstrafe in Italien. Der Große sozialistische Rat hat sich dafür ausgesprochen, die seit langem in Italien abgeschaffte Todesstrafe vor Bekämpfung von Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates und für gemeine Verbrechen besonders schwerer Art in das Strafgesetzbuch einzuführen.

Parteien und Regierung

Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten haben, wie der „Völk. Beob.“ berichtet, beschlossen, im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Dr. Brüning einzubringen. Dr. Fried, als Fraktionsvorsitzender, hat von der Parteileitung schon die entsprechende Anweisung erhalten.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu: Die sozialdemokratische Fraktion wisse, daß sie jederzeit imstande sei, mit Nationalsozialisten und Kommunisten eine Mehrheit der Regierung zu bilden. Ob und wann sie von dieser Möglichkeit Gebrauch mache, werde sie selber entscheiden. Die 148 Sozialdemokraten, so heißt es weiter, sind nämlich nicht von ihren Wählern zu dem Zweck in den Reichstag geschickt worden, daß sie sich dort unter das Kommando Adolf Hitlers oder des kleinen Goebbels begeben sollen. Kein Wähler wird es ihnen verdenken, wenn sie jeden nationalsozialistischen und jeden kommunistischen Antrag gründlich darauf untersuchen, welche Art von parlamentarischer Schiebung mit ihm beabsichtigt ist. Die Sozialdemokraten werden im Reichstag weder die Politik Brüning treiben, noch die Politik Hitlers oder Thälmanns, sondern ihr eigene Politik.

Die Krise in der Staatspartei

Da man mit der Trennung der sechs Volksnationalen von der staatsparteilichen Reichstagsfraktion — die wahrscheinlich erst in der am nächsten Montag stattfindenden Fraktionsitzung formell vollzogen wird — ziemlich sicher rechnet, wird, dem „V. L.“ zufolge, jetzt von einer Verbindung der Reichstagsfraktion mit der Deutschen Volkspartei gesprochen, und zwar in dem Sinne der Herstellung eines Hospitantenverhältnisses.

Ferner denkt man an den Eintritt Kochs als Reichstagsabgeordneter, um einem Wunsch der zur Staatspartei gekommenen jungen Volksparteiler entsprechend, dem von der Volkspartei gekommenen Wunsch, der auf der Reichstagsliste der Staatspartei nicht mehr gewählt war, doch noch ein Reichstagsmandat zu verschaffen. Auch der preussische Finanzminister Söfver-Schöff soll sich vorläufig von der Führung der Partei zurückziehen, und der Fraktionsführer im Reichstag, Dr. August Weber, zunächst gleichzeitig Parteiführer werden. Durch alle diese Maßnahmen will man auch die Brücken zur Deutschen Volkspartei erleichtern. Es sind nach dem Ausscheiden der Volksnationalen übrigens nicht alle früheren Volksparteiler im Hauptfraktionsauschuß der Staatspartei geblieben. Vielmehr ist Direktor Knebel vom Deutschen Beamtenbund zu den Volksnationalen übergegangen.

Vom Christlich-Sozialen Volksdienst wird bestätigt, daß die sachlichen Verhandlungen für ein Übergehen der fünf Volkskonservativen zu den 14 Abgeordneten des Volksdienstes in günstigem Sinne abgeschlossen seien. Ob man sich auch über die Personalienfragen der neuen 22 Mann starken Fraktion des Volksdienstes einigen kann, wird sich am Montag in den Fraktionsitzungen des Christlich-Sozialen Volksdienstes erweisen.

Die Platzverteilung im Reichstag

Die Verteilung der Plätze im Plenarsitzungsaal des Reichstages auf die einzelnen Fraktionen steht jetzt vorläufig fest. Die äußerste Linke und einen Teil der bisherigen sozialdemokratischen Plätze nehmen die Kommunisten ein. Dann folgen die Sozialdemokraten und die Staatspartei. Letztere hat als eine der kleinsten Fraktionen ihren Anspruch auf einen Vorkörperplatz aufgeben müssen und sitzt jetzt im Hintergrund zwischen Sozialdemokraten und Zentrum. Im Anschluß an die Plätze des Zentrums folgen dann die Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei, die ebenfalls beide keine Vorkörperplätze mehr haben. Die nächsten Fraktionen sind Deutsche Volkspartei und Landvolk. Hinter dem Landvolk sitzen die sechs Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei, die sich vorläufiglich der Landvolksfraktion als Hospitanten anschließen werden. Weiter hinten folgen dann die Gruppen des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der Konservativen und der Hannoveraner. Die Deutschnationalen sind die nächste größere Fraktion, haben aber zukünftig auch nur einen Vorkörperplatz. Die ganze äußerste Rechte, nämlich die früheren Plätze der Deutschnationalen und auch der Deutschen Volkspartei, nehmen die Nationalsozialisten ein.

Eine Sowjetprotestnote an die Mandchurerei

Der Generalkonsul der Sowjetunion in Mukden überreichte eine Note der Sowjetregierung. In der Note heißt es: Die Sowjetregierung stellt fest, daß die chinesischen Behörden keine einzige der vertraglich übernommenen Verpflichtungen erfüllt haben. Die Sowjetregierung besitzt unüberlegliche Beweise ungehinderter sowjetfeindlicher Tätigkeit der weißen Emigranten in der Mandchurerei. In den Grenzgebieten bilden die Weißgardisten, die mit Geld und Waffen reichlich versehen sind, Banden, die den normalen Verkehr auf der Ostchinesischen Bahn unterbinden, deren Tätigkeit den Interessen beider Völker widerspricht und eine ernste Gefahr für die Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten bedeutet. Die Sowjetregierung protestiert energisch dagegen, daß die Tätigkeit der Weißgardisten unbefristet bleibt. Sie besteht auf der unverzüglichen Entwaffnung, ferner auf der Entlassung der im chinesischen Dienst stehenden weißen Kräfte, die gleichzeitig aktive Mitglieder weißgardistischer Organisationen sind und schließlich auf der sofortigen Einstellung der in der weißen Presse der Mandchurerei geführten Antisowjetkampagne.

Wieder ein Ozeanflug

Das Flugzeug „Columbia“, mit dem Chamberlin bereits einmal den Ozean überflog, mit den Fliegern Hauptmann E. Loyd und Leutnant H. Connor an Bord startete am Donnerstag in Harbor Grace (Neufundland) um 17.20 Uhr mittlereuropäische Zeit zu einem Flug nach London. Die Flieger, die bereits im vorigen Monat von Montreal abgeflogen waren, warteten in Harbor Grace wochenlang günstiges Ozeanwetter ab. Abgesehen von der Ergänzung der Instrumente befindet sich die „Columbia“ in demselben Zustande, in dem sie feinerzeit von Chamberlin und Levine auf dem Flug nach Kottbus geflogen werden soll.

Das Ende eines Separatismen. Der frühere Rat der „Wirkfelder Landesregierung“ und Sekretär des Landesverbandes, Weider, der in der Separatistenzeit eine übelle Rolle gespielt hatte und vor einigen Tagen von der Kriminalpolizei in Köln unter dem Verdacht der Spionage zugunsten einer fremden Macht verhaftet worden ist, hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Finnische Protestation gegen Branting. Der schwedische sozialistische Anwalt Georg Branting erschien als Rechtsbeistand für einen finnländischen Kommunisten, der vor dem Gerichtshof in Åbo als Angeklagter steht. In einer großen Protestversammlung wurde die sofortige Rückreise Brantings nach Schweden gefordert. Branting teilte darauf mit, er werde freiwillig das Land verlassen. Das finnische auswärtige Amt unterrichtete die schwedische Gesandtschaft davon, daß die Anwesenheit Brantings in Finnland die guten Beziehungen trüben könnten.

Aus den Ländern

Hessen verbietet den „Hessenhammer“

Der hessische Innenminister hat auf Grund des Republik...

Abbau von Sozialdemokraten in Braunschweig

Hochwasser im Rheinland

Der Rhein und seine Nebenflüsse führen im Rheinland in...

In Koblenz betrug der Wasserstand heute früh 5,86 Meter...

Bei Köln ist der Rhein seit gestern um weitere 1,10 Meter...

Auch die Flüsse des Saargebietes führen Hochwasser. In...

Kleine Chronik

Heute, Freitag, früh gegen 5 1/2 Uhr, entgleiten im Bahnhof...

In einer Groß-Wortfabrik Pappfabrik bei Hamburg brach heute...

Die amtliche Untersuchung des Dresdener Flugzeugunglücks...

Zu der Heidelberger Wohnungsbau-Affäre

In der Angelegenheit der Heidelberger Wohnungsbau-Gesellschaft...

Paul Müller hat inzwischen seine Bereitwilligkeit zu einer...

Inzwischen sind in Berlin noch zwei weitere Geschäftsgründungen...

Eine neue Affäre der Wohnungsbau-Gesellschaft bildet eine...

Kurze Nachrichten

Deutsch-holländische sozialpolitische Verhandlungen. Vom...

Vertreter der Landgemeinden beim Reichskanzler. Im...

Strafverfahren gegen Rientimp. Gegen den früheren Ab...

Keine Verstaatlichung des Brennenverkehrs. Von unter...

Badischer Teil

Einst und Jetzt

Eine Illustration zu der Fehde der „Freisauer Zeitung“...

Man schreibt uns: Es war gerade vor 30 Jahren, da wurde...

Tägungen

Der 25. deutsche Orthopädeontolog Kongress vom 16. bis 17. Sept...

Die Spitzlehre bei Innendungen wird beseitigt

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. Das Programm für den Zyklus...

Wetterbericht der Badischen Landeswetterstelle, Karlsruhe.

Die gesamten Reichsteuergesetze mit ergänzendem Anhang...

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city, date, and exchange rates for various locations like Amsterdam, London, etc.

Neue Zinssätze der Berliner Stempelvereinigung. Die Ber...

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung...

Aufregung verkürzt das Leben! Darum: Immer mit Ruhe und Kaffee Hag!

Neugruppierung bei den Hypothekenbanken

Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen über eine Neugruppierung im deutschen Hypothekengewerbe haben dieser Tage zu einer Einigung geführt. Den auf Samstag, den 11. Oktober, anberaumten Aufsichtsratsitzungen der beteiligten Gesellschaften werden folgende Anträge unterbreitet werden. Die Preussische Zentral-Boden-Kredit- und Pfandbriefbank AG. übernimmt im Wege der Fusion die Preussische Boden-Kredit-Aktien-Bank und die Schlesische Boden-Kredit-Aktien-Bank. Die Frankfurter Hypothekendarlehenbank in Frankfurt/M. übernimmt die Frankfurter Pfandbriefbank AG. daselbst. Die Deutsche Hypothekendarlehenbank in Weimarn übernimmt die Norddeutsche Grund-Kreditbank in Weimarn und verlegt den Schwerpunkt ihres Geschäftes nach Weimarn. Die Preussische Zentral-Boden-Kredit- und Pfandbriefbank AG. und die Frankfurter Hypothekendarlehenbank treten mit der Deutschen Hypothekendarlehenbank, der Leipziger Hypothekendarlehenbank, der Mecklenburgischen Hypothekendarlehenbank und der Westdeutschen Boden-Kreditbank in die Interessengemeinschaft der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken.

Sämtliche Fusionen erfolgen unter Ausschluß der Liquidation. Die Preussische Zentral-Boden-Kredit- und Pfandbriefbank AG. wird die Firma „Zentral-Boden-Kredit AG.“ annehmen. Die Firmen der deutschen Hypothekendarlehenbank und der Frankfurter Hypothekendarlehenbank werden unverändert fortbestehen.

Stand der Reben Anfang Oktober. Die vorwiegend nachläufige Witterung im September hat vielfach eine Vorlese der Trauben erforderlich gemacht. Im allgemeinen wird mit einem der Menge nach befriedigenden Ertrag von mittlerer Güte gerechnet. In günstigen Lagen ist die Reife bereits in vollem Gange. Fast überall wird über stärkeres Auftreten von Käufnis der Trauben und über andere Reifekrankheiten berichtet. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten: 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering lautet die Begutachtung über den Stand der Reben für die wichtigsten Gebiete des deutschen Weinbaus wie folgt: Preuß. Rheingaugebiet 3,5 (im Vormonat 3,2), übriges preuß. Rheingaugebiet 2,9 (2,8), Rheingebiet 3,3 (3,1), Mosel-, Saar- und Ruwertalgebiet 2,9 (2,6), Rheingebiet 2,3 (2,2), badische Weinbaugebiete 2,7 (2,7), Rheinhessen 2,5 (2,6), Rheinpfalz 2,8 (2,9), Unterfranken 2,6 (2,3), Neckarreis 2,3 (2,0), Saargebiet 2,4 (2,5).

Die deutsche Kartoffelernte 1930. Nach den im Statistischen Reichsamte zusammengestellten vorläufigen Schätzungen der Ernteberichteblätter wird die diesjährige Ernte an Spätkartoffeln im Deutschen Reich auf rund 42 Millionen Tonnen veranschlagt, d. i. um 4,8 Millionen Tonnen, gleich 13 Proz. mehr als im Vorjahr. Einschl. Frühkartoffeln stellt sich die neue Kartoffelernte auf insgesamt 44,3 Millionen Tonnen gegen rund 40 Millionen Tonnen im Vorjahr. Die neue Kartoffelernte ist die größte der Nachkriegszeit.

Die schweizerische Milchproduktion wird für das vergangene Jahr durch die schweizerische Milchkommission auf total 26 890 000 Doppelzentner geschätzt. Davon wurden in runden Zahlen 7 Millionen Doppelzentner als Frischmilch verkauft und 10 1/2 Millionen technisch verarbeitet. 9,2 Millionen Doppelzentner dienten der Käse- und Butterfabrikation. Ausgeführt wurden 1929 an Milchprodukten: Frischmilch für 3 000 000 Franken, Kondensmilch für 40 000 000 Franken, Rahm für 1 000 000 Franken, Hartkäse für 80 000 000 Franken, Schachtelkäse für 23 000 000 Franken.

Bei der Vorstandswahl der Handelskammer Freiburg wurde zum ersten Vorsitzenden Kommerzienrat Schuster und zum stellvertretenden Vorsitzenden Dr.-Ing. h. c. Brenzinger gewählt.

Gemeinderundschau

Heidelberg im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost. Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichspost werden auch im Heidelberger Hauptpostamt in der nächsten Zeit erhebliche bauliche Veränderungen vorgenommen werden. Das Gebäude zur Aufnahme der Paketbestellung und der Postkraftwagen wird demnächst fertiggestellt sein. Dann erfolgt der Umbau und die Vergrößerung der Schalterhalle; im Laufe des Monats soll mit dem Bau des neuen Telefonamtes begonnen werden, das ein Selbstanschlußamt wird. Erst nach Abschluß dieses Baues und nach dem Umzug des Telefonamtes kann an die weiteren notwendigen baulichen Veränderungen im Innern des Hauptpostgebäudes gegangen werden. Die ganze Bauperiode dürfte sich also auf mehrere Jahre erstrecken.

Die Lieferung von Kraft und Licht für Tauberbischofsheim. Der 1900 zwischen dem Bayerischen Elektrizitätswerken München-Landschüt und der Stadtgemeinde Tauberbischofsheim abgeschlossene Vertrag auf Lieferung von Kraft und Licht läuft mit diesem Jahre ab; die genannte Firma hat aber noch auf weitere 30 Jahre das Mitlieferungsrecht. Der Bürgerausschuß hat zu einem neuen Vertrag, der am 15. Oktober d. J. in Kraft treten soll, die Genehmigung gegeben.

Der Bürgerausschuß Neustadt stimmte dem Vorschlag für das Jahr 1930/31 einstimmig zu. Infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise erleidet die Stadt einen Fehlbetrag von 17 930 Reichsmark. Dieser soll durch Kapitalaufnahme bei der Sparkasse gedeckt werden. Die Umlageföhe bleiben die gleichen wie im Vorjahre, so daß die Einführung der erhöhten Gemeindefiersteuer und der Bürgersteuer nicht notwendig wird. Einstimmig wurde das Eruchen des Badischen Unterrichtsministeriums auf Abbau der siebenklassigen Realschule abgelehnt.

Der Bürgerausschuß Keßl genehmigte nach etwa dreistündigen Verhandlungen den Nachtragskredit von 3800 M für den Umbau des alten Rathauses zum Arbeitsamt, den Gemeindefehlbetrag in Höhe von 16 000 M zu der neu zu erstellenden Ringstraße bzw. für Einbau eines zweiten Gehweges, ferner den Kredit in Höhe von 68 000 M zur Errichtung eines Zwölffamilienwohnhauses mit 12 Einzimmerwohnungen in der Ehrmannstraße, den Ankauf des Gasthauses „Schwarzwälder Hof“ — erworben in der Zwangsversteigerung zur Rettung der städtischen und Sparkassenbelastungen — zum Preise von 63 000 M mit mehr oder minder großer Mehrheit. Die nächste und letzte Bürgerausschußsitzung hat sich endlich mit dem Gemeindefehlbetrag 1930 zu befassen.

Der Bürgerausschuß Kriberg beschloß die Errichtung von Holzwohnhäusern. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Voranschlagsberatung und Einführung der Biersteuer, wurde auf Dienstag, den 7. Oktober, verschoben. Abgelehnt wurde mit 31 gegen 16 Stimmen bei 6 Enthaltungen, die Forderungserweiterung, damit auch die geplante Errichtung eines Gelddenkmals. Die Mehrheit des Bürgerausschusses stand auf dem Standpunkt, daß das Eigenmal der Gemeinde einen würdigen Charakter bekommen müsse, und daß es besser sei, zurückzutreten, was jetzt infolge der Notlage der Gemeinde nur unvollkommen ausgeführt werden könne.

Im Bürgerausschuß St. Georgen i. Schw. war infolge Ablehnung der erhöhten Biersteuer der Vorschlag für 1930/31 zurückgezogen worden. Nun wurde der abgeänderte Vorschlag mit 49 gegen 10 Stimmen genehmigt. Da die Umlage dadurch eine Erhöhung erfährt, muß die Biersteuer nun doch zwangsläufig eingeführt werden. An Umlage werden erhoben: 100 Pf. vom Grundvermögen, 40 Pf. vom Betriebsvermögen und 749 Pf. vom Gewerbevermögen.

Der Freiburger Arbeitsmarkt im September. Im Arbeitsnachweisbezirk Freiburg standen am 1. Oktober 3221 Arbeitslose in Unterfristung, davon allein in Freiburg selbst 2013. Im Monat September wurden 3044 Arbeitslose unterfristet gegen 2634 im August und 780 im September 1929. An Unterfristungsgeldern wurden 231 000 M. ausgezahlt.

Die städtischen Betriebe sind rentable Unternehmen. Im Rechnungsjahr 1927/28 hatten die deutschen Großstädte für ihre sogenannten Erwerbsbetriebe (Elektrizitätswerke, Gaswerke, Wasserwerke, Verkehrsbetriebe, Kreditunternehmungen, gewerbliche Unternehmungen, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Schlachthäuser, Viehhöfe, Markthallen, Messhallen usw.) einen Überschuß von insgesamt 254,5 Millionen Reichsmark, also über 1/2 Milliarde Reichsmark, zu verzeichnen. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet beträgt der Überschuß für die Berichtszeit 13,33 Reichsmark. Auf eine einzelne Gemeinde beträgt der durchschnittliche Überschuß 5,3 Millionen Reichsmark. Der geringste Überschuß auf den Kopf der Bevölkerung beträgt 1,50, der höchste etwa 41 Reichsmark.

Mühlacker will Stadt werden. Es sind starke Bestrebungen im Gange, der württembergischen Doppelgemeinde Mühlacker-Mühlacker das Prädikat „Stadt“ zu ertingen. Nach der Gemeindeordnung wird eine Gemeinde erst dann automatisch Stadt, wenn sie 10 000 Einwohner hat. Es würde dann der Name Dürrmengen verschwinden.

Der Darmstädter städtische Weinsteller. Der städtische Weinsteller in Darmstadt war im Stadtrat wiederholt eine Sorge gewesen. Verschleudert wurde bisher der Antrag gestellt, den städtischen Weinsteller aufzulösen. Der Weinsteller repräsentiert einen Inhaltswert von 230 000 M. In der gefrigen Stadtratssitzung wurde nun beschlossen, soweit nötig, noch Konsumwein zuzukaufen, im übrigen aber den städtischen Weinsteller innerhalb zweier Jahre zu liquidieren.

Kurze Nachrichten aus Baden

Schwarzwald in Überbadern

W.B. Freiburg i. Br., 10. Okt. (Tel.) Da die seit einigen Tagen mit kurzen Unterbrechungen anhaltenden Regenfälle im Laufe der Nacht wieder aufleben, führen die Schwarzwaldflüsse, wie Kinzig, Dreisam, Biese und Murg dem Oberbeim beträchtliche Wassermengen zu. Der Zustrom wird auch weiterhin anhalten, da auf den Höhen und beim Abfluß Wasserstauungen und damit nicht unbeträchtliche Überschwemmungen im Hochschwarzwald sich ergeben haben. Der Oberbeim ist in den letzten Tagen um 1,20 Meter gestiegen. Die Flutwelle dürfte morgen das Erdbett bei Keßl erreicht haben.

D3. Heidelberg, 9. Okt. Wegen Gefährdung einer Stützmauer durch Vergrößerung des Gletscher-Schlierbach-Neckargebüsch der Oberwaldbach bis auf weiteres gesperrt und eingeleiteter Betrieb eingerichtet werden. Der durchgehende Verkehr wird voll aufrechterhalten.

Hd. Zell a. S., 9. Okt. Bürgermeister Karl Schäfer ist im hiesigen Krankenhaus nach mehrtägigem Krankenlager von einem schweren und schmerzlichen Leiden durch den Tod erlöst worden. Schäfer war geboren in Karlsruhe und wurde 50 Jahre alt. Längere Zeit war er erster Ratsschreiber in Säckingen und dann Bürgermeister in Kleinfrauenburg. Juli 1923 wurde er zum Bürgermeister von Zell a. S. gewählt.

Hd. St. Georgen, 9. Okt. Hier verstarb im Alter von 74 Jahren Reichsbahnbeamter a. D. Hermann Brünner. Der Verstorbenen kam 1896 nach Mannheim als Abteilungsleiter im damaligen Rangierbahnhof, wurde 1903 Vorstand des Bahnhofs Mannheim-Industriegebiet, welchen Posten er bis zu seiner Zuruhesetzung im Jahre 1924 bekleidete.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Errichtung einer neuen Apotheke in Mannheim (Kronprinzenstraße). Dem Apotheker Max Schill in Freiburg wurde die persönliche Berechtigung zum Betriebe einer in Mannheim, Kronprinzenstraße, neu zu errichtenden Apotheke verliehen.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1930.
Der Minister des Innern:
J. Witte mann.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:
Wasser- und Straßenbaudirektion

Ernannt:
Zum Oberzeichner der Lithograph August Hirsch bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, zu Verwaltungsfeldrätchen die Verwaltungsjuristen Heinrich Horsch beim Wasser- und Straßenbauamt Heidelberg und Nikolaus Schreiber beim Wasser- und Straßenbauamt Kaffatt, zu Verwaltungsfeldrätchen die Verwaltungsjuristen Karl Hür beim Wasser- und Straßenbauamt Tauberbischofsheim, Max Rummel beim Wasser- und Straßenbauamt Alchert und Max Weiß beim Wasser- und Straßenbauamt Heidelberg.

Planmäßig angestellt:
Der Lithograph Christian Schmieber bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen wegen leibender Gesundheit:
Der Vermessungsfeldrat Gustav Brecht in Tauberbischofsheim.

Gestorben:
Ministerialoberrechnungsrat Johann Arnold beim Finanzministerium.

Straßenoberbaumeister a. D. Johann Wörner in Diedesheim am 18. September 1930, und Straßenwärter a. D. Adolf Ries in Dinglingen am 18. September 1930.

Der Wanderer vom Bodensee, 1931. 114. Jahrgang. (Druck und Verlag Friedrich Stadler, Konstanz, Preis 70 Pf.). Der „Wanderer vom Bodensee“ wird mit gutem Recht als einer der ausgezeichnetsten Befestelnder bezeichnet. Ein ganzer Stab weitbekannter Schriftsteller zählt zu seinen Mitarbeitern, u. a.: Hermann Erich Busse, Hugo Boeckhstein, Ludwig Finsch, Hermann Hesse, Alfred Hugenberger, Heinrich Kromer, Manfred Kyber, Walter von Molo. Dieser Kalender verbindet die gute, alte Illustration mit den Fragen und Interessen der Gegenwart. Der Kalender bietet auf jedem Gebiet dem Leser das Beste an Unterhaltung, Belehrung und praktischen Ratschlägen.

Beachten Sie bitte
die wesentlichen Verbesserungen des neuen Gewinnplanes der
Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie
Statt bisher 62 Millionen RM. kommen jetzt zur Ausspielung
114 Millionen RM.
bei gleichbleibender Losezahl
Diskrete und gewissenhafte Bedienung sichert Ihnen die
Staatliche Lotterie - Einnahme
KARLSRUHE, Kaiser-Allee Nr. 5
beim Mühlburger Tor
Fernruf Nr. 4965 • Postscheckkonto Nr. 10719



Sonner

Das neue
Karlsruher Adressbuch 1930/31
wird am Freitag, den 17. Oktober 1930
ausgegeben.
Vorbestellpreis 16 RM. Bezug nur vom
Oscar G. Braun, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

Schmerzt der Fuß?
Geh zu
Neubert
Fachgemäße richtige
Fußbekleidung
in schöner Ausführung, für alle
Zwecke • Jahrzehntelange Erfahrung • Altbekannter guter
Ruf • Riesenauswahl R. 643

Reformhaus Neubert, Karlstr. 29 a
Abkühlungsanleihe
Bei der am 6. d. M. vorgenommenen Ziehung vort
Auslosungsscheinen der Abkühlungsanleihe der Stadt-
gemeinde Alchert für 1930 wurden folgende Nummern
gezogen:
Lit. A M 50,— Nr. 28. 50.
Lit. B M 25,— Nr. 14. 21. 47.
Lit. C M 12,50 Nr. 29. 42. 59.
Diese Stücke werden zur Heimzahlung auf 31. Dezember
d. J. aufgerufen und mit dem Sechsfachen des
Nennwertes mit den ab 1. Januar 1926 aufgelaufenen
Zinsen unter Abzug der Kapitalertragsteuer eingelöst.
Die Einlösung erfolgt nur gegen Rückgabe des Aus-
losungsscheins und der Schuldscheinreibung der Abkühlungs-
anleihe durch die Stadtasse.
Alchert, den 7. Oktober 1930.
Gemeinderat.

Formulare
und
sämtliche
Drucksachen
für Behörden
liefert
prompt und
preiswert
G. Braun a.m.b.H.
vormals G. Braunsche Hof-
buchdruckerei und Verlag
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 14-18
Telephon 952-54
Stiltingen. D. 948
Güterrechtsregisterbeitrag
Band II Seite 107: Rühl
Theodor, Vater in Stillingen
genueber, und Maria Anna
Margareta geb. Hall. Ver-
trag vom 29. September
1930: Gütertrennung.
Stillingen, 7. Oktober 1930.
Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Samstag, 11. Oktober 1930
* G. 4. Th. Gem. I. S. G. r.
und 1301-1350
**Die Prinzessin
und der Eintänzer**
Luftspiel von Engel und
Grünwald
Regie: v. d. Trenk
Mitwirkende:
Ermarth, Frauendorfser,
Genter, Rhsch, Mademacher,
Seiling, Guse, Gebeisen,
Gauer, Gemmecke, Graf,
Herg, Böcker, Kloebe, Kühne,
Mehner, Müller, Krüter,
Grimm, Luther, S. Müller,
Seibert.
Anfang 20 Ende 22 1/2
Freise A (0,70-5 RM)
So. 12. Okt.: Neu einstud.:
Die Wallüre. Im Reizert.
Wann kommt du wieder?
Mo., 13. Okt.: Die Nibelungen
I. und II. Abteilung.